

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagspreis: 25 241.
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Die einpöhlige Nummer breite Seite 6,- M. Bei Familienangehörigen, Angehörigen unter Eltern u. Wohnungsverhältnissen, 1-pöhlige Anz. u. Verh. 25% Vorzugsplätze sind zahlbar. Zusätzl. Beiträge des Vorabends. Einzelpreis 5,- M. Vorabendsblattes 1 M.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Gleditsch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ablehnung des Antrags auf Landtagsauflösung

In der Landtags-Sitzung am heutigen Donnerstag wurde der Antrag auf Auflösung des Landtages mit 48 Stimmen der Linken gegen 47 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Die Beratung des Antrages der beiden Rechtsparteien auf Auflösung des Landtages hatte, nachdem er wegen der Hastigkeit der Linksparteien nach seiner Einbringung vorläufig um einen Monat hinausgeschoben und das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages inzwischen eingeleitet wurde, nur Zweck gehabt, wenn sich die Zweistimmmehrheit dazu hätte entschließen können, durch Annahme des Antrages selbst die Entscheidung zu finden, anstatt sie sich erst aufzusuchen zu lassen. Zu diesem Entschluß konnten sich die Sozialisten nach den Erklärungen des Präsidenten Fröhdorf (S. V. D.) und des unabhängigen Müller-Weipitz aber nicht durchringen und die durchsichtige Ablehnung des Volksbegehrens durch die Regierung zeigt, daß auch die Regierung der Ansicht ist, daß für sie eine Gelingenstheorie nicht baldigen Entscheidung vorzuziehen ist. Das steht gewiß nicht gerade nach großer Zuversicht in die Stärke der sozialistischen Position aus. Evident ist aber auch das tatsächliche Mandat, daß die Zweistimmmehrheit dem demokratischen Antrag, den Auflösungsantrag der Rechtsparteien mit der bekannten demokratischen Aufgabe nach Umbildung der Regierung zu verbinden, ablehnt, abgesehen davon, daß die Demokraten zu zwingen, vor der Entscheidung über ihre Aufgabe zu dem Antrag der Rechtsparteien Stellung zu nehmen. Es ist ihr jedoch nicht gelungen, die bürgerliche Einheitsfront zu brechen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auf die treffenden Feststellungen der Redner der Rechtsparteien über die Parteifreiheit und die dem Parlamentarismus hochsprühenden Zustände im sächsischen Landtag sich der mehrheitlich sozialistische Sprecher Fröhdorf zu dem sehr beachtenswerten Jugendsitzungsbericht veranlaßt sah, daß auch in die Parteigruppierung im Landtage nicht gefalle. Im übrigen war die ganz offensichtliche Hervorhebung der Unabhängigkeit der Regierung von den Kommunisten zweifellos ein parteipolitisches Mandat, um die radikale Beherrschung der Regierung abzuleugnen. Von größter Bedeutung war dagegen das Bekenntnis des Präsidenten Fröhdorf, daß auch sehr wohl eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien möglich sei, was von dem Kommunisten Siebert mit Entrüstung als ein Bekenntnis zur großen Koalition aufgefaßt wurde. Auch diese Entrüstung, die sogar einen Ausbruch zu einer Ueberredung gegen die kommunistische Haltung zu führen schien, da die Kommunisten scharfe Forderungen an die Mehrheitssozialisten stellten, erwiderte sich schließlich als Streifen, und nach einer kurzen Erklärung des Ministerpräsidenten wurden die sozialistischen Parteien endlich nach fast fünfständiger Debatte zu dem von vornherein erwarteten Beschluß.

Der Verlauf der Verhandlungen.

106. Sitzung.

Dresden, den 11. Mai 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung wird zunächst die Wahl eines Sonderausschusses für die Gemeindeordnung vorgenommen, dessen Einsetzung in der letzten Sitzung beschlossen worden war. Es werden gewählt von der soz. dem. Fraktion die Abgeordneten Kühn, Günther, Böhme, Wölkner und Wölkner, von der Fraktion der Deutschen Nationalen die Abgeordneten Kunze, Peithold, Dr. Wagner und Dr. Eberle, von der Deutschen Volkspartei Wäner, Dr. Hübschmann, Köllig und Dr. Herrmann, von den Demokraten Dr. Dehne, von den unabhängigen Senke, Liebmann und Deunhardt, von den Kommunisten Ellrodt und Renner.

Die Kammer tritt dann in die Beratung des Antrages der beiden Rechtsparteien auf

Auflösung des Landtags

ein, der von dem Abgeordneten Beutler (D. N.) unter anderem dem Varm der äußersten Linken begründet wird. Der Antrag sei von der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen gestellt, also von Parteien, die zusammen eine Minderheit bilden. Von der Mehrheit verlangten sie, daß sie mitwirkten, dem Landtage ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Das Verlangen könne verwunderlich erscheinen. Die S. V. D. habe das hohe Wort gesprochen: Wir bestimmen den Zeitpunkt der Auflösung selbst. Gewiß gebe man eine errungene Position nicht freiwillig auf und empfinde es als eine eigenartige Zumutung, wenn der Gegner, der im Wahlkampf recht stark unterlegen sei, die Aufgabe dieser Position fordere. Aber manchmal möge die kluge Erwägung aller Umstände doch zur Aufgabe der Position. Wenn die Position so schwach sei, um dauernd gehalten zu werden, wenn sie strategische Nachteile bietet, wenn es unter den Truppen unsichere Kantonsien gebe, — dann gebe der verständige Führer lieber eine Stellung auf, als daß er sie unter nutzlosen Verlusten halte. Die Antragsteller sehen diesen Verlust bei der äußersten Linken nicht voraus, auch nicht bei den Unabhängigen. Aber sie hätten die Hoffnung, daß sich dieses Verhältnis bei der Sozialdemokratischen Partei, wenn nicht heute, so doch später einstellen werde. Das Festhalten an dieser Position bedeute für die S. V. D. einen sich dauernd vergrößernden Verlust an politischem Ansehen und politischem Einfluß. Das Festhalten bedeute ein schmerzliches Aufgeben von politischen Grundwerten und das Festhalten die Sozialdemokratische Partei läßt sich nicht durch den radikalen Flügel der sogenannten Regierungsparteien. Man habe es ja auch erlebt, daß Herr Pöplitz von den Kommunisten als Plutonium à la Moskwa bezeichnet worden ist. Gewiß seien die sächsischen Kommunisten härter als die in Berlin, aber der Ton habe auch hier eine gewisse Höhe erreicht. Die S. V. D. liefere die Macht in Kaputt. Die Politik werde in erster Linie gemacht

vom Herrn Pöplitz. Er gelte im Volke als der starke Mann, der den Ausschlag gebe. Es sei eine alte Erfahrung, daß bei der Koalition die radikale Richtung den größten Gewinn einheimse. Es frage sich, ob es klug sei, so lange zu warten, bis Herr Renner die Politik Sackens bestimmt. Seit dem Februar 1919, als das Ministerium Grubauer sich vorstellte, habe sich ein fortwährender Niedergang gezeigt. Diese Schwäche schaffe für die politischen Verhältnisse in Sachsen eine beinahe unerträgliche Unsicherheit. Die Politik sei streng einseitig orientiert, da sie von den Kommunisten abhängt. Die Dinge hängen bei der Zwei-Stimmen-Mehrheit immer auf dem Messer der Scherben und würden stets so gehalten, daß sie für die Rechte unannehmbar seien. Dadurch würde die bürgerliche Minderheit, die jetzt wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Wähler umfasse, einfach mundtot gemacht. Jeder Verhandlung müßte daher auf einschneidende dieses Zustandes bedacht sein. Die nächste Veranstaltung zu dem Antrage, der längst begründet gewesen sei, seien die politischen Freitage gewesen. Man habe darin eine unerträgliche Herausforderung erblaut, die wahrscheinlich den überwiegenden Teil der Bevölkerung aufs tiefe verletz. Würde der Antrag auf Auflösung abgelehnt, so werde ein Volksbegehren den Volksentscheid fordern. Das Gesamtministerium habe zwar den ersten Antrag abgelehnt, da er ihm unangenehm zu sein scheine. Die angeführten Gründe seien fadenförmig. Er könne nicht glauben, daß die Regierung die Ministerherrlichkeit um einige Tage verlängern wolle. (Abg. Schwarz, Soz., erhält vom Präsidenten Fröhdorf einen Ordnungsruf, da er dem Abg. Beutler „Gemeinheit!“ rufe.) Die Regierung müsse doch selbst das Bedürfnis haben, sich vom Lande befreien zu lassen, ob dieses mit ihr noch einverstanden sei. Die Herr Pöplitz habe im Lande, besonders im Beamtenkörper, eine schreckliche Vermirrung erzeugt. Wenn der Antrag heute abgelehnt werde, so werde er so oft wiederholt werden, bis dieser Landtag des verdienten Todes sterbe.

Abg. Dr. Siebert beantragt, die Aufgabe der demokratischen Fraktion betr. Regierungsumbildung mit dem Antrag der Rechtsparteien auf Landtagsauflösung zusammenzuführen zu verhandeln. Der Antrag wird jedoch gegen die Stimmen der gesamten Bürgerlichen abgelehnt. Die Aussprache geht weiter und das Wort nimmt nunmehr

Abg. Fröhdorf (Soz.), der erklärt, daß der Antrag auf Auflösung des Landtages von einer gewissen Notwendigkeit parlamentarischen Gebiete zeuge. Ohne Zweifel müsse man aufpassen, daß die Landtag gefalle den Rechtsparteien nicht; das könne er verstehen. Man behüte aber das Land vor einem Landtag, der ihnen (nach rechts) gefalle. Seine Fraktion sei mit der heutigen Zusammensetzung auch nicht ganz zufrieden, aber aus anderen Gründen als den von Herrn Beutler angeführten. Man wolle die übrigen Parteien gewiß nicht ausschließen, reklamieren aber für die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit in diesem Lande. Man habe alle Ursache, vom Volke zu erwarten, daß es diesem Verlangen aus berechtigten Gründen entspreche. Es sei möglich, daß die Kommunisten die Sache so weit bringen, daß es zur Auflösung komme. Zunächst sei die Sache noch nicht so weit. Die Rechte spiele mit dem Feuer und werde sich bei dem Volksentscheid noch verdrängen. Seit wann seien denn die Kommunisten eine Regierungspartei? Sie läßen nicht in der Regierung. Die Sozialdemokratische Partei lasse sich von den Kommunisten keine Zwangsaktion anlegen, und die Kommunisten seien auch völlig frei. Wenn die Kommunisten mit der Mehrheit stimmen wollten, so könnten sie es tun. Es sei nicht richtig, daß die Jurist vor den Kommunisten die Sozialdemokraten zu radikalen Maßnahmen treibe. Umgekehrt werde die Rechte keinen Augenblick zurücktreten, alles in der radikalsten Weise umzusetzen. Lieber die politischen Forderungen könne man verschiedener Meinung sein, aber die Mehrheitsparteien hätten das Recht, ihren Intentionen gemäß Beschlüsse zu fassen. Früher seien dem Volke religiöse Forderungen aufgetragen worden, und man habe am Sedanstage die Schulen geschlossen. Die wirtschaftliche Revolution sei noch lange nicht zu Ende. Die Sozialdemokraten würden auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verzichten. Jetzt sei nur eine Etappe erreicht. Von der Demokratie aus werde man dem sozialistischen Ziele weiter zutreiben. Man werde sich dabei aber nicht überlassen, um das bisher Erreungene nicht in Gefahr zu bringen. Er müsse das Fundament beschützt sein. Unparteiliche Geschichtsdreher würden der Sozialdemokratie Dank sagen, daß sie den Bürgerkrieg verhindert habe. (Zuruf von rechts: In Ihrem Interesse.) Des Pudels Kern sei, daß es die Rechte nicht entgegen könne, in der Minderheit zu sein. Die Sozialdemokratie sei längt in der Mehrheit gewesen, als das Dreiklassenwahlrecht geschaffen wurde. Die Sozialdemokraten seien die Geächteten gewesen. Daß in Sachsen die Klassenkämpfe besonders scharf seien, liegt nicht an der Arbeiterkraft, sondern daß sie früher niederrückig und kleinlich regiert und im Landtage in unerhörtester Weise behandelt worden sei. Er für seinen Teil sehe auf dem Standpunkte, daß ein dauernder Ausschluß einer bürgerlichen Minderheit in der Regierung nicht geboten erscheine. Man wolle sich nicht dauernd in Parteikämpfen erschöpfen, weder nach rechts noch nach links, und könne ein weites Stück auch mit politisch Andersdenkenden zusammenarbeiten. Die Bürgerlichen seien nicht völlig aus der Regierung ausgeschlossen. In der Zukunft und Verwaltung hätten sie einen ungeheuren Einfluß. Er sei nicht der Meinung, daß die Beamten entfernt werden sollten, die nicht sozialistisch gefärbt seien. Wäre die Rechte an die Stelle der Sozialdemokraten gekommen, so würde aber jeder Andersdenkende beiseite geworfen sein. Verhalte sich die Sozialdemokratie passiv, so würden die Bürgerlichen glatt zu Boden fallen. Daß man den Landtag auflösen solle zu einer Zeit, wo noch wichtige Dinge zu erledigen seien, könne im Sinne der heutigen Mehrheit nicht verlangt werden. Die

Sozialdemokratie habe aber die Auflösung nicht zu befürchten. Es sei unvernünftig, zu sagen, niemals in eine nichtsozialistische Regierung einzutreten. Das sehe auch nicht im Programm. Der Grundgedanke der Wahrung der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung. Er könne sich das Zusammenarbeiten mit einem vernünftigen Mann der Volkspartei eher denken als mit einem Ray oder Kühn. Wie es auch komme, die Sozialdemokratie werde mit allem Nachdruck die Situation ausnützen und alles daran setzen, eine starke Position zu bilden. Ohne Sozialdemokratie könne nicht regiert werden.

Einmütig wird beschlossen, den Antrag auf Auflösung des Landtages sofort in Schlußberatung zu nehmen. (Bei Schluß der Debatte dauern die Verhandlungen noch an.)

Neue Verhandlungen über Rußlands Antwort.

Genève, 11. Mai. Auf Grund neuer Beschlüsse aus Moskau hat die Sowjet-Delegation ihr Gegen-memorandum gestern nachmittags nochmals abgeändert. Rasowski ist zu diesem Zwecke den ganzen Tag in Kapallo geblieben. Große Schwierigkeiten bietet immer noch die Regelung des Privatbesitzes. Die Ansichten der Einigungsbeiratsungen mit Rußland haben sich stark verschlechtert. Die Moskauer Regierung zeigt sich nach den neuen Beschlüssen in der Frage des Privatbesitzes in unannehmlicher und streitbarer Haltung. Einem Ausschuss der Lösung an, indem sie die Frage an die Sachverständigen-Ausschüsse verweisen will. Die Konferenz droht in diesem Falle zu scheitern, da Frankreich und Belgien keine russischen Ausflüchte dulden wollen und auch Italien und England enttäuscht sind.

Heute soll eine neue Verhandlung zwischen Tschitscherin und Schanzer stattfinden, nach bevor die russische Antwort überreicht wird. In einer Mitteilung an die französischen Journalisten erklärt die französische Delegation, daß das russische Memorandum für sie trotz aller zu erwartenden Änderungen niemals eine Verhandlungsbasis bilden könne.

Die unsere Berliner Schriftleitung meldet, erfolgt die Uebergabe der russischen Antwort in Genève am wider russisch heute nachmittags. Die Verzögerung der Ueberreichung der Note war durch eine Unbistkreion der „Stampa“ veranlaßt, die die Einleitung der russischen Antwort verweigert hatte. Paris hat wegen der Verzögerung an den Präsidenten der Konferenz de Facto ein Schreiben gerichtet, in dem es hieß: Es ist nicht verständlich, warum diese Antwort wieder verzögert worden ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf die schwerwiegenden Folgen zu lenken, die dieser Gegenstand hervorrufen kann, und auf die Notwendigkeit, neuen Verzögerungen ein Ende zu setzen, da sich die französische Delegation zu einem solchen Spiel nicht hergeben würde.

Die Gründe für die Verzögerung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“). Paris, 11. Mai. Einem Telegramm der „Liberté“ zufolge werden als Grund für den Ausschub der russischen Antwort die Beschlüsse des Pariser Minister-rates angegeben. Weil die französische Regierung zu keinem Jugendsitzungsbericht bereit sei, wollten auch die Russen die halbe Zustimmung zu dem Artikel 7, zu der sie nach der Formulierung Schanzer bereit gewesen sind, zurückziehen. Die „Liberté“ meint: In jedem Falle ist das Ende der Konferenz nahe. Die Spannung in politischen Kreisen ist noch immer sehr groß. Die Meinung über die intransigente Haltung der französischen Regierung ist geteilt. Eigentlich sind es nur die extremen Nationalisten, denen ein Abbruch der Konferenz wegen des Starrsinns Poincarés willkommen wäre. Einige Optimisten hoffen, daß Schanzer einen neuen Versuch mache, die Russen zur Untertreibung zu überreden, und daß aus diesem Grunde die Antwort noch nicht übergeben worden ist.

Von anderer Seite wird aus Genève gemeldet: Das Ergebnis ist heraus. Die Russen haben ihre Antwort heute morgen tatsächlich an Facta übergeben. Als die Delegationen der einladenden Mächte eben in einer Sitzung versammelt waren, legte Facta die Antwort an Schanzer und Mond George vor. Wie verlautet, sei Mond George, nachdem er von dem Text der Note Kenntnis genommen hatte, sehr aufgeregt gewesen und habe Facta und Schanzer erklärt, es sei ganz aus dem Lichte, daß die Note auch nur zur Basis von weiteren Diskussionen angenommen werden könne. Er habe sich sehr verwundert, daß die Russen trotz aller in den letzten Tagen geflossenen Besprechungen solche Bedingungen in die Note aufgenommen haben, von denen sie von vornherein annehmen müßten, daß sie unannehmbar sein würden. Darauf ließ Schanzer, der bereits während der Besprechungen die Rolle des Vermittlers übernommen hatte, Tschitscherin dringend auf sich rufen. Dieser kam um 1 Uhr im Palazzo reale an, wo beide die Note sofort einer Prüfung unterzogen. Nach langer und lebhafter Diskussion gab Schanzer die Note an Tschitscherin zur Nachprüfung zurück. Inzwischen sind die russischen Delegierten in Kapallo versammelt, um dort die Möglichkeiten einer Abmilderung der Note zu beraten.

England findet die Antwort annehmbar, Frankreich unbefriedigend.

London, 11. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet aus Genève: Ueber den Inhalt der russischen Antwort sei genügend bekannt, um voraussetzen zu können, daß sie als Grundlage einer Erörterung annehmbar sein werde. Sie bedeute eine befriedigende Annahme der Grundzüge des Memorandums. Die Franzosen geben dagegen in Genève den furchtbaren Ausdruck Ausdruck. Sie erklärten, daß die Anweisungen, die sie aus Paris erhalten hätten, ihnen keinen anderen Ausweg ließen, als ihre Sachen zu packen und abzureisen, wenn die russische Antwort nicht ein klares und unmissverständliches Ja sei. Die Konferenz müsse erliegen: 1. das Uebereinkommen mit Rußland, 2. die Festlegung der sächsischen Grenzen und 3. den Friedens-nach.